

Bericht über Märzsession 2010 des Grossen Rates

In der Märzsession 2010 hat sich der Grosse Rat mit etwas weniger Geschäften als auch schon befasst. Eine Auswahl sei hier präsentiert:

Gesetz über den Straf- und Massnahmenvollzug (SMVG)

Im Rahmen des Gesetzes vom 28. März 2006 über die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter wurden sämtliche Zuständigkeiten im Bereich des Vollzugs von Freiheitsstrafen, von freiheitsentziehenden Massnahmen und von gemeinnütziger Arbeit umfassend bei der Polizei- und Militärdirektion, im Besonderen beim Amt für Freiheitsentzug und Betreuung angesiedelt und die bisherigen Zuständigkeiten der Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter aufgehoben. Diese neue Zuständigkeitsregelung erfordert Anpassungen des Gesetzes über den Straf- und Massnahmenvollzug, da teilweise noch von geteilten Zuständigkeiten die Rede ist. Das Gesetz war im Rat unbestritten.

Bericht betr. Familienkonzept

Die Familie verdient gemäss Regierung eine noch stärkere Förderung durch den Staat. Der Bericht erhielt denn auch vorab von linker Seite viel Anerkennung. Bürgerliche inkl. FDP mahnten zu Zurückhaltung beim weiteren familienpolitischen Massnahmen, da bereits viel getan wurde (Blockzeiten in Schulen, mehr Tagesschulen, Kinderzulagenerhöhung, Erhöhung der Kinderabzüge bei den Steuern etc.).

Zu reden gab auch die Art der Berichterstattung der Familienkonferenz. Für die FDP ist wichtig, dass über Massnahmen und deren Umsetzung sowie die erzielte Wirkung und aufgelaufene Kosten Bericht erstattet wird. Dieser Antrag wurde angenommen. Ebenfalls zu reden gab die Frage von Ergänzungsleistungen für Familien anstelle von Sozialleistungen. Die FDP bekämpfte die Einführung dieser Ergänzungsleistungen unter Hinweis auf die Möglichkeit, das bestehende System der Sozialhilfe nötigenfalls auszubauen. Zusätzliche Systeme schafften bloss Intransparenz. Der Rat verwarf den Antrag auf eine Planungserklärung der FDP für den Verzicht auf Ergänzungsleistungen deutlich und stimmte stattdessen dem Antrag der Kommission zu, solche Leistungen vorzusehen und die Vor- und Nachteile gegenüber der Unterstützung durch Sozialhilfe auszuweisen. Umstritten war auch der Stellenwert steuerlicher Entlastungen für Familien: Die Bürgerlichen inkl. FDP obsiegten mit 65:57 Stimmen, ihnen erste Priorität einzuräumen.

Die SVP verlangte sodann, Familien, die ihre Kinder selber betreuen, den Familien, die sie fremd betreuen lassen, steuerlich gleichzustellen. Der Rat verwarf diesen Antrag auf eine Planungserklärung (auch mangels Umsetzbarkeit) mit 86 zu 62.

Motion Staub (FDP) betr. „Verantwortung für Mensch und Tier“

Mit einer Motion wurde der Regierungsrat gebeten, 1. die Sozialdienste auch für die Tierhaltung ihrer Klienten verantwortlich zu erklären und 2. die Anzahl (Haus)Tiere der Sozialbezügerinnen und Sozialbezüger präventiv zu begrenzen. Der erste Punkt des Vorstosses wurde als Motion überwiesen, der zweite Punkt wurde abgelehnt.

Steuergesetz (2. Lesung)

Facts

Mit Blick auf den interkantonalen Steuervergleich war der Handlungsbedarf mindestens aus Bürgerlicher Sicht unbestritten. Der Grosse Rat beschloss daher mit den Stimmen der FDP gegen die gesamte Linke und den Regierungsrat folgendes:

Per 2011

- Umsetzung von Bundesrecht (UstR II)
- Mehrbelastung Zweit-Wohnungen
- Ausgleich der kalten Progression bei den Tarifen künftig jährlich und bei den Abzügen wenn Index >3% (bisher>5%)
- Ausgleich der kalten Progression per 2011 (3%)
- Vermögenssteuersenkung um 6%
- Senkung der Besteuerung von Kapitaleistungen aus Vorsorge (Vermeidung von Anreizen zum Wegzug aus dem Kanton Bern)
- Vermögenssteuerbremse: Senkung Maximalsatz von 30% auf 25%
- Anrechnung Gewinnsteuer an Kapitalsteuer
- Bedürfnisse aus der Praxis

Per 2012

- Zusätzlich zu den Massnahmen 2011: Einkommenssteuer-Tarifsenkung um einen rund halben Steuerzehntel und Erhöhung der Kinderabzüge um CHF 500.-- (dies Aufgrund eines von der FDP initiierten, bürgerlichen Kompromisses).

Der Grosse Rat hat seinen Vorschlag zur Hauptvorlage erklärt und einen sog. Eventualantrag ausgearbeitet, welcher die wichtige Tarifsenkung per 2012 nicht enthält, sonst aber identisch mit der Hauptvorlage ist. Im Falle eines Referendums würden beide Vorlagen dem Volk vorgelegt. Ohne Referendum tritt die Hauptvorlage automatisch in Kraft. Ob ein Referendum ergriffen wird, ist derzeit unklar, weil die Linke zum einen kein Interesse am Eventualantrag hat und zum andern sich nicht mit einem doppelten Nein als „Total-Verweigerer“ darstellen möchte.

Würdigung

Die Entlastungen sind letztlich sehr bescheiden. Sie stellen aber offenbar das Maximum dar, was im Grossen Rat noch mehrheitsfähig ist.

Insgesamt machen sie – gemäss Finanzdirektion - was folgt aus (N.B.: Der Ausgleich der kalten Progression wird hier nicht als Steuerentlastung betrachtet, da er eine Verhinderung einer Mehrbelastung bedeutet):

	„Kompromiss“	
	Kanton	Gesamtheit der Gemeinden
ab 2011	63.8 Mio.	33.5 Mio.
ab 2012	137.8 Mio.	72.5 Mio.
ab 2012, wenn man 2011 als Basis nimmt	74 Mio.	39 Mio.

Es kann also festgestellt werden, dass die Kommissionsvariante die Steuerzahler im Kanton Bern per 2011 mit weniger als einem halben Steuerzehntel und dann per 2012 mit rund einem zusätzlichen Steuerzehntel entlastet. Wenn nun noch immer von einzelnen Mitgliedern von Gemeindeexekutiven kritische Aesserungen fallen, so ist dies schwer zu verstehen.

Motion der SP betr. gleiches Recht für die Steuerverwaltung

Bei Verdacht auf Steuerhinterziehung sollen nicht nur die ausländischen, sondern auch die kantonalen Behörden Zugang zu Bankkundendaten erhalten. Dies forderte die SP in einer Motion, die der Regierungsrat unterstützte (!). Die Motion wurde unter Hinweis darauf, dass man keinen „gläsernen Bürger“ möchte, mit den Stimmen der FDP abgelehnt.

Gesamtrevision des Energiegesetzes (2. Lesung)

Das neue Energiegesetz enthält eine Fülle von Detailvorschriften, auf die vorliegend nicht eingegangen werden kann. Die FDP war bemüht, einem Gesetz zum Durchbruch zu verhelfen, welches mit Blick auf die Klimaproblematik nicht bloss Lippenbekenntnisse enthält, andererseits aber auch realitätsbezogen bleibt.

Nachfolgend werden die wichtigsten Ergebnisse aufgelistet:

- Es wurde mit den Stimmen eines Teils der FDP-Fraktion ein Obligatorium zur Erstellung eines Gebäudeenergieausweises der Kantone (GEAK) für Wohngebäude, die vor 1990 erstellt worden sind, innert 10 Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes deutlich beschlossen.
- Es wurde eine Sanierungspflicht für Gebäude der schlechtesten Effizienzklasse innert 15 Jahren abgelehnt. Die FDP war einhellig gegen diesen starken Eingriff in die Eigentumsfreiheit.
- Die Idee der Schaffung von Bürgerschaftsgenossenschaften für Energiesanierung wurde als kann-Vorschrift aufgenommen.
- Es wurde gegen die klare Mehrheit der FDP-Fraktion eine sog. Förderabgabe von 0.5 bis 1 Rp. Pro kW/h (max. 100'000 kW/h) während den nächsten 15 Jahren beschlossen.
- Elektroheizungen sind nicht mehr möglich und müssen innert 20 Jahren entfernt werden.

Da das Obligatorium des GEAK und die Förderabgabe sehr umstritten sind, ist auch ein Referendum gewiss.

Revision des Universitätsgesetzes (1. Lesung)

Gesamthaft bereitete der Rat dem Gesetz eine positive Aufnahme. Über einzelne Bestimmungen wurde aber hart und kontrovers debattiert. Erstes Reizthema war der Numerus clausus. Die FDP wollte, dass Zulassungsbeschränkungen zur Uni nicht nur für Medizin und Sportwissenschaften möglich sind, sondern in Anbetracht der drohenden Studentenflut auch für weitere Studiengänge. Dieser Antrag wurde leider abgelehnt.

Eine kontroverse Diskussion beschwor auch die automatische Mitgliedschaft zur Vereinigung der Studierenden (SUB) herauf. Der Rat hatte diese Mitgliedschaft noch im Dezember mit einer knapp überwiesenen Motion abschaffen wollen; Studierende hätten danach der SUB künftig ausdrücklich beitreten müssen. Neu einigte sich der Rat danke einem Vorschlag von Franziska Stalder (FDP) darauf, die allgemeine Mitgliedschaft der Studierenden als Sprachrohr der Studentenschaft beizubehalten, aber ihre Funktionen auf Angelegenheiten der Ausbildung zu beschränken.

Umstrittenste Bestimmung in der Debatte waren sodann die Modalitäten der Wahl der Universitätsleitung. Reto Steiner (EVP), Eva Desarzens (FDP) und Matthias Kurt (BDP) wollten das Recht der Regierung, die Universitätsleitung zu wählen, einschränken und hatten denn auch gegen den Willen der Regierung mit einem Antrag Erfolg, welcher ein gemeinsames Antragsrecht des Senats der Uni und der Erziehungsdirektion verlangte.

Unbestritten blieb die höhere Autonomie der Uni. Sie kann selber neue Lehrstühle schaffen und aufheben. Professoren ernennt künftig die Uni; heute liegt diese Kompetenz beim Regierungsrat. Im Rahmen eines Globalbudgets erhält die Uni mehr finanzielle Autonomie.

Bericht über die Wachstumsstrategie

Die FDP nahm diesen Bericht, der kaum grossen Wellen wirft, mit dem Grossen Rat zur Kenntnis.,

Gemeindegesezt-Revision (2. Lesung)

Im Rahmen der Revision des Gemeindegesezt gab auch in der 2. Lesung die Frage zu diskutieren, ob künftig in den amtlichen Anzeigern redaktionelle Beiträge erlaubt werden sollen. Mit den Stimmen der FDP stimmte der Grosse Rat mit klarem Mehr einer Lösung zu, wonach grundsätzlich (mit Ausnahme von Informationen der Gemeinden) ein Verbot der

redaktionellen Beiträge gilt. Dasselbe soll auch für Beilagen gelten, wobei für Kulturbeilagen eine Ausnahme gemacht wird.

Die eher restriktive Regelung findet ihre Begründung in der Monopolstellung der Anzeiger. Diese darf nicht benutzt werden, die bezahlte Tagespresse zu konkurrenzieren.

Personelles

Die Fraktion musste leider 5 ausnahmslos sehr wertvolle Mitglieder, die nicht mehr für den Grossen Rat wieder kandidieren, verabschieden. Ihnen sei an dieser Stelle nochmals sehr herzlich für ihr grosses Engagement gedankt.

Es handelt sich dabei um folgende Persönlichkeiten:

Hans-Ruedi Markwalder

Er war von 1998 bis 2002 und dann ab 2003 im Rat. Er war der eigentliche Doyen der Fraktion. Als Unternehmer brachte er einen besonderen unternehmerischen Geist ins Fraktionsteam ein. Als Ingenieur befasste er sich in erster Linie tief mit Baugeschäften aller Art und konnte oft den Finger auf wunde Punkte legen. Die Fraktion war sehr dankbar, von seinem speziellen Fachwissen zu profitieren.

Erwin Fischer

Er war seit 1998 im Rat und hat grosse Verdienste vor allem im Bildungsbereich erworben. Als Ingenieur lagen ihm insbesondere die Fachhochschulen am Herzen. Er hat denn auch mehrere Jahre die entsprechende interfraktionelle Grossratsgruppe geleitet und in der Vorberatenden Kommission FHG Einsitz genommen. Auch hat er sich wie kein anderer im Rat immer mit interkantonalen Fragen befasst und schliesslich die FDP wirksam in der Oberaufsichtskommission vertreten.

Franziska Stalder-Landolf

Sie war seit 1999 im Rat und hat in fast allen Bildungskommissionen Einsitz. So in der Kommission „Bildungsstrategie“, in den Kommissionen zur Vorberatung des Volksschulgesetzes, des Mittelschulgesetzes und zuletzt des Universitätsgesetzes. Meistens hat sich „Fränzi“ als Leaderin zur Verfügung gestellt und es ist ihr gelungen, das freisinnige Gedankengut vehement und wirksam in die Tat bzw. in Gesetzesparagrafen umzusetzen.

Jean Pierre Rérat

Er war seit 2002 im Rat und hat sich in erster Linie bei Bildungsfragen engagiert. Er war neben Erwin Fischer der eigentliche Spezialist für die Fachhochschulen. Auch hat er die FDP mit seinem welschen Charme und Schalk in der Oberaufsichtskommission bestens vertreten. Sein Anliegen war auch die Autonomie der Hochschulen, die er zusammen mit Franziska Stalder in einem Vorstoss erfolgreich aufgegleist hat. Schliesslich hat er die Fraktion immer wieder daran erinnert, dass es noch einen welschen Kantonsteil gibt, welcher ebenso wichtig ist, wie das Berner Oberland.

Klaus Künzli

Er war seit 2002 im Rat und hat sich vor allem mit Geschäften der Polizei- und Militärdirektion befasst. So trugen Vorstösse betreffend Videoüberwachung oder Demonstrationen ebenso seine Handschrift, wie das neue Polizeigesetz. Als Gastro-Unternehmer war ihm aber auch das Gastgewerbe sehr nahe. Er hat für ein Masshalten beim Gesetz über das Passivrauchen ebenso gesorgt wie für ein vernünftiges Gastgewerbesgesetz. Daneben hat sich Klaus auch um das leibliche Wohl der Fraktion gekümmert und stets geeignete Restaurants für die Mittagessen während den Sessionen organisiert.

				
Hans-Ruedi Markwalder	Erwin Fischer	Franziska Stalder	Jean Pierre Rérat	Klaus Künzli

Bern, 25. März 2010 / Adrian Haas